

**Dr. Florian Toncar**

- (A) eine Regierung in so einer Lage noch für das Unternehmen wirbt, statt durch die Aufseher eine Durchsuchung durchzuführen? Das wäre doch die richtige Reaktion gewesen.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Verdacht, der da im Raum steht, ist, dass man sich blenden ließ, dass man meinte, einen digitalen Champion zu haben, auf den Deutschland weltweit stolz sein kann, und dass man meinte, ihn auch in Schutz nehmen zu müssen vor vermeintlichen Attacken von außen. Wir wollen in diesem Untersuchungsausschuss wissen, ob das auch ein Grund dafür war, dass weggeschaut wurde und dass das Instrumentarium nicht genutzt wurde, das man gehabt hätte. Eine falsche Solidarität von Regierung und Behörden mit diesem angeblichen Vorzeigeunternehmen? Ich glaube, dass wir dem noch sehr genau nachgehen müssen.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Dieser Untersuchungsausschuss wird ein Untersuchungsausschuss für die, die jeden Tag mit ehrlicher Arbeit ihr Geld verdienen, für die, die daran zweifeln, dass der Rechtsstaat sie auch vor schwerster Kriminalität effektiv schützen kann, und vor allem auch für die, die nicht damit zufrieden sind, dass nach einem solchen Skandal jeder Kontrolleur – der Finanzminister, Ernst & Young und die anderen Beteiligten – immer nur sagen, was sie nicht tun konnten, wo ihre Grenzen waren, anstatt dass sich einmal einer hinstellt und sagt: Ich war verantwortlich, und ich trage diese Verantwortung auch. – Dafür werden wir mit diesem Untersuchungsausschuss sorgen. Er ist zwingend nötig, und ich werbe um breite Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirecard-Skandal hat das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland massiv beschädigt. Dieses Vertrauen gilt es nun zurückzugewinnen. Wirecard steht für Milliarden Euro, die verschwunden sind oder vielleicht nie existiert haben, für Manager, die von Interpol gesucht werden, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die um ihren Arbeitsplatz bangen, und für Anlegerinnen und Anleger, die viel Geld verloren haben. Wir wollen diesen Skandal lückenlos aufklären: strafrechtlich, aufsichtsrechtlich und politisch.

Bei der strafrechtlichen Aufklärung sind in allererster Linie die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte am Zug. Wer in diesen Dimensionen betrügt, den muss die volle Härte des Gesetzes treffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei der politischen Aufklärung ist vor allem Olaf Scholz als Bundesfinanzminister in der Pflicht. Herr Bundesfinanzminister, machen Sie sich zum obersten Aufklärer und zum obersten Reformer! Als Aufklärer sollten Sie für volle Transparenz bei der Aufarbeitung des Skandals sorgen, gerade als Bundesfinanzminister, der für die Finanzaufsicht BaFin und auch für die Geldwäscheaufsicht FIU zuständig ist. Mir ist schon klar: Es ist angenehmer, über künftige Reformen zu reden als über etwaige Fehler im eigenen Ministerium. Aber es geht nicht darum, was angenehmer ist. Es geht um Sachaufklärung. Wir stehen zur Aufklärung bereit. Tragen auch Sie mit vollem Einsatz dazu bei! Machen Sie Schluss mit der Salamtaktik!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Tosender Applaus in der Unionsfraktion!)

Als Reformer sollten Sie Schwachstellen identifizieren und konkrete Gesetzentwürfe dazu vorlegen. Der Wirecard-Skandal wird auch politisch Spuren hinterlassen. Wir prüfen derzeit sehr genau: Wo muss bei der Aufsicht nachgeschärft werden? Wo bestehen Regelungslücken? Wo müssen Prozesse oder Zuständigkeiten verbessert werden? Das werden wir nicht durch Aktionspläne und auch nicht durch blinden Aktionismus lösen. Wir brauchen politisch abgestimmte Gesetzesinitiativen, die klug abgewogen sind und konkrete Probleme lösen. Einen Aktionsplan vorzulegen, das ersetzt noch keine Gesetzgebung. Herr Bundesfinanzminister, legen Sie endlich Gesetzentwürfe dazu vor!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als Unionsfraktion stehen wir jederzeit für Sondersitzungen des Finanzausschusses bereit; das hatte ich vor der Sommerpause hier an diesem Pult gesagt. Es ist gut, dass wir gemeinsam, Koalitionsfraktionen und Opposition, von diesem Werkzeug der Aufklärung Gebrauch gemacht haben. Drei Sondersitzungen mit knapp 24 Stunden Befragungen, das hat viele Antworten gebracht, aber eben auch viele Fragen aufgeworfen. Die Sitzungen waren wichtig, aber die Aufklärung muss weitergehen.

Die Fraktionen von FDP, Linken und Grünen haben sich darauf verständigt, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen. Untersuchungsausschüsse sind ein wichtiges Werkzeug der parlamentarischen Kontrolle. Wie das bei Werkzeugen so ist, so hat jedes Werkzeug seine eigene Verwendung. Wenn Sie einen Nagel in die Wand schlagen wollen, sind der Schraubenzieher oder der Zollstock doch nur die zweitbeste Lösung.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber es geht!)

**Matthias Hauer**

- (A) Ob der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Wirecard-Skandals das beste Werkzeug ist, werden wir gemeinsam mit den Antragstellern erörtern. Das hängt natürlich maßgeblich vom Untersuchungsauftrag ab. Der muss passgenau und rechtssicher sein. Die Einsetzung ist an strenge verfassungsrechtliche Vorgaben gebunden. Deshalb ist es gut, dass sich vorab der Geschäftsordnungsausschuss mit dem Thema befasst.

Wir als Unionsfraktion werden im Untersuchungsausschuss konstruktiv und mit Hochdruck daran mitarbeiten, den Fall Wirecard so weit, wie es nur irgendwie geht, aufzuklären. Nach dem größten Finanzskandal in der Geschichte der Bundesrepublik dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

(Zuruf von der FDP: Also heißt das Zustimmung?)

Inhaltlich sind nach wie vor viele Fragen unbeantwortet: Hätte die BaFin die Wirecard AG als Finanzholding einstufen und sie damit auch unter ihre Aufsicht nehmen müssen? Wieso hat die BaFin keine eigene Bilanzprüfung bei Wirecard vorgenommen? Wieso haben Justizministerium und Finanzministerium kaum Einfluss auf die DPR-Prüfungsverfahren genommen? Wieso wurden Probleme mit dem zweistufigen Bilanzprüfungsverfahren nicht frühzeitig erkannt und auch behoben? Wieso unterlag die Wirecard AG eigentlich weitgehend überhaupt keiner Geldwäscheaufsicht? Wie konnte es ein Unternehmen wie Wirecard, dessen Erfolg weitgehend auf Betrug aufgebaut war, in den DAX schaffen? Gerade der Frage, welche Kontrollmechanismen versagt haben, werden wir uns in den kommenden Wochen und Monaten widmen.

Ich hoffe, dass wir am Ende ein möglichst vollständiges Bild davon haben, wie es zu diesem Skandal kommen konnte und wie wir gemeinsam einen zweiten Fall Wirecard verhindern können. Als Unionsfraktion ist uns an vollständiger Sachaufklärung gelegen. Fair im Umgang, aber hart in der Sache!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Abgeordnete Kay Gottschalk für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Kay Gottschalk (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Liebe Mitbürger! Es kommt nun, wie es kommen musste. Ich habe bereits in meiner Rede am 2. Juli zur Aktuellen Stunde zum Fall Wirecard den Untersuchungsausschuss ins Spiel gebracht. Somit war ich wohl einer der Ersten, wenn nicht sogar der Erste, der diesen Untersuchungsausschuss forderte.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum bin ich an dieser Stelle froh, dass nun endlich alle Oppositionsfraktionen der größten Oppositionsfraktion in dieser Hinsicht folgen. Leider – leider! – haben Sie es versäumt, meine Damen und Herren von der Linken, den Grünen und der FDP, mit der AfD gemeinsam diesen Einsetzungsantrag zu formulieren.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Nein, das was Absicht!)

Hierin sehe ich zunächst einmal parteipolitisches Kalkül. Das finde ich an dieser Sache absolut schade; denn es geht hier an erster Stelle – das haben meine Vorredner betont – um Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung. Nach gängiger Praxis der letzten 50 Jahre – und ich habe dieses Theater und dieses Spiel nicht angefangen – steht der AfD, verehrte Bürger, der Vorsitz in diesem Untersuchungsausschuss zu. Daran gibt es zurzeit weder in den Medien, hier im Parlament noch bei den Rechtsexperten einen Zweifel. Diesen Vorsitz werden wir auch beharrlich einfordern.

Was wir tun werden und alle zusammen tun sollten, ist eine faire Aufklärung der Sachverhalte. An der sollten wir interessiert sein, und nicht an Wahlkampfgetöse, meine Damen und Herren. Keine Vorverurteilung und damit Scheingefechte, die uns den Blick auf die wirklichen Abläufe bei Wirecard verstellen! In dieser Hinsicht rege ich auch an, dass die Kollegen im Bayerischen Landtag – da es ein bayerisches Unternehmen ist; wir haben die Bezirksregierung Niederbayern; wir haben die CSU-geführte Landesregierung; wir haben die Bayerische Landesbank – vielleicht auch hierzu einmal zusammenkommen und einen Untersuchungsausschuss einfordern. Auch das werden wir sicherlich mit den Kollegen im Bayerischen Landtag sehr konstruktiv begleiten.

Eines muss allen an dieser Stelle klar sein: Es sollte zu keinen Blockaden – Sie haben eben die Geschäftsordnung angesprochen – kommen; denn letztlich geht es um die Sparer – die wurden hier eben nicht angesprochen –, die institutionellen Anleger, und steht der Finanzplatz Deutschland in der Kritik. Das Image unseres Finanzplatzes ist erheblich angekratzt, liebe Kollegen. Dafür gibt es am Ende dann keine Entschuldigung, wirklich keine Entschuldigung. Es ist unsere Pflicht, hier die notwendigen Dinge und Schritte einzuleiten.

Der vorliegende Antrag der drei Oppositionsparteien ist in der Sache weitreichend und sehr gut. Deswegen wird meine Fraktion, die AfD, diesem Untersuchungsausschusses uneingeschränkt zustimmen und ihn kritisch, aber auch fair begleiten.

Wir als AfD interessieren uns aber auch für weitere Punkte, wie zum Beispiel das Leerverkaufsverbot oder auch die Frage, die in der Presse gerade aufkommt, warum Wirecard mutmaßlich Spionagesoftware aufkaufen wollte, meine lieben Freunde und Damen und Herren.

Bevor ich zum Ende komme, erlaube ich mir schon eine Replik. Wir arbeiten im Finanzausschuss sehr konstruktiv und fair zusammen. Da fand ich es schon abenteuerlich, Herr De Masi, welche Verbindung Sie da herstellen wollten: Weil ich die Zusammenarbeit mit der FPÖ gut fände, eventuell Herrn Strache und der wiederum Herrn Marsalek kennen könnte, könnten bei einer